



## Inhaltsverzeichnis

### EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

13.07.2025	SW1.News: „Keine Endlager durch die Hintertür“ – Grafenrheinfeld trägt gesamtgesellschaftliche Verantwortung für Atommüll-Zwischenlager	3
------------	---	---

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 SW1.News

## „Keine Endlager durch die Hintertür“ – Grafenrheinfeld trägt gesamtgesellschaftliche Verantwortung für Atommüll-Zwischenlager

13. Juli 2025 23:46 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

GRAFENRHEINFELD – Seit Jahren übernehmen die Gemeinden, die Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle in ihrer Gemarkung haben, eine zentrale Rolle im Rückbau der Kernenergie und damit bei der Energiewende. Bürgermeister Christian Keller wirbt gemeinsam mit allen Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland (ASKETA) für Anerkennung und langfristige Unterstützung.

In Grafenrheinfeld sind derzeit 54 Castor-Behälter mit hochradioaktivem Material eingelagert. Die Gemeinde leistet damit seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag zur sicheren Verwahrung dieser Abfälle. Zusammen mit 15 weiteren Kommunen, in denen die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) entsprechende Lager betreibt, trägt sie diese Verantwortung. Insgesamt sind 25 Kommunen in der bundesweiten ASKETA organisiert.

„Die Zwischenlagerung war ursprünglich als Übergangslösung gedacht – mittlerweile wissen wir, dass sie uns über Generationen hinweg begleiten wird“, erklärt Keller. „Wir als Standortgemeinden nehmen diese Verantwortung sehr bewusst wahr. Es geht um Sicherheit, Vertrauen in staatliche Strukturen und die Einlösung gesamtgesellschaftlicher Verpflichtungen.“

Die Gemeinde engagiert sich intensiv innerhalb von ASKETA, die sich als konstruktiver Partner der Bundespolitik sowie der zuständigen Institutionen wie BGZ, Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) versteht. Der regelmäßige Austausch mit diesen Stellen findet unter anderem bei gemeinsamen Tagungen statt, zuletzt am Standort des ehemaligen Kernkraftwerks Krümmel in Geesthacht. Auch Vertreterinnen und Vertreter der Bundespolitik, wie SPD-Bundestagsabgeordnete Nina Scheer und Ulrike Täck von den Grünen, nahmen daran teil.

Keller betont: „Der Austausch mit der Bundespolitik war sehr konstruktiv. Aber politische Zusagen müssen sich auch in konkretem Handeln widerspiegeln. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinden schuldig.“

**Langfristige Verantwortung: Grafenrheinfeld übernimmt gesamtgesellschaftliche Aufgabe der sicheren Zwischenlagerung**

Der Rückbau des Kernkraftwerks ist zwar weit vorangeschritten, doch die Lagerung der radioaktiven Abfälle wird die Gemeinde noch viele Jahrzehnte begleiten. Die BGE rechnet damit, dass frühestens zwischen 2046 und 2068 eine Entscheidung über einen Standort für ein dauerhaftes Endlager getroffen werden kann. ASKETA hält diesen Zeitrahmen selbst für ambitioniert und geht davon aus, dass sich die Endlagersuche bis ins nächste Jahrhundert ziehen könnte. Bis dahin bleibt die sichere Verwahrung in Zwischenlagern wie in Grafenrheinfeld unverzichtbar.

„Wir haben als Gesellschaft über Jahrzehnte an einer Lösung gearbeitet – und doch stehen wir bei der Endlagersuche heute wieder am Anfang“, so Keller. „Die Konsequenz ist, dass das Material in unseren Gemeinden deutlich länger lagern wird als ursprünglich angekündigt. Unsere Flächen sind dadurch blockiert – auch in planerischer Hinsicht.“

Tatsächlich hatten alle Standortgemeinden, darunter auch Grafenrheinfeld, lange die Erwartung, nur für den Betrieb der Anlagen zuständig zu sein – nicht aber für die langfristige Lagerung der Abfälle. So war es bei der Ansiedlung der Kernkraftwerke zugesichert worden. „Es war immer die Rede davon, dass wir zwar die Last der Produktion tragen, nicht aber die der Entsorgung. Heute sehen wir uns mit einer Realität konfrontiert, die anders aussieht“, erklärt Keller.

### Blockierte Flächen und eingeschränkte Entwicklungsperspektiven

Neben sicherheitsrelevanten und organisatorischen Herausforderungen hat die Zwischenlagerung auch konkrete Auswirkungen auf die Entwicklung der Gemeinden. Die betroffenen Flächen bleiben langfristig gebunden, was Nutzungsmöglichkeiten für Gewerbe und andere Zwecke einschränkt.

ASKETA-Präsident Josef Klaus, Bürgermeister der Gemeinde Niederaichbach bei Landshut, ergänzt: „Wir haben Verständnis für die Notwendigkeit dieser Lagerung – gleichzeitig müssen wir auch ehrlich sagen: Das verändert unsere planerischen Spielräume und stellt uns vor Herausforderungen bei der langfristigen Entwicklung unserer Gemeinde.“

Zudem sehen sich viele Standortkommunen mit erheblichen strukturellen Veränderungen konfrontiert. Durch den Wegfall der Kraftwerksnutzung fehlen wichtige Einnahmen, beispielsweise aus der Gewerbesteuer, was Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Zukunftsprojekte erschwert.

### Dialogbereitschaft und Gleichbehandlung als Grundlage

Die Standortgemeinden setzen sich innerhalb von ASKETA für eine transparente und verlässliche Zusammenarbeit mit dem Bund ein – auch hinsichtlich möglicher Unterstützungsmodelle. Dabei orientieren sie sich an Regelungen in anderen Gemeinden wie Ahaus oder Gorleben, die seit Jahren finanzielle Unterstützung für die Vorhaltung der Lagerflächen erhalten.

„Für uns Zwischenlager-Gemeinden ist es unumgänglich, dass endlich für Gleichbehandlung gesorgt wird. Wir erwarten die Anerkennung einer Situation, die uns aufgezwungen wurde“, so Keller. Entscheidend sei dabei ein partnerschaftlicher Dialog mit den verantwortlichen Stellen.

Einig sind sich alle Beteiligten darin, dass Zwischenlager keine Endlager durch die Hintertür werden dürfen. Die Gemeinden fordern einen verlässlichen Zeitplan bei der Endlagersuche – unter Wahrung höchster Sicherheitsstandards und mit dem Ziel, verbindliche Perspektiven zu schaffen. In den vergangenen Jahren fanden zahlreiche Gespräche mit Politikern verschiedener Parteien statt, die Verständnis und Unterstützung signalisierten. Weitere Gespräche sind für dieses Jahr geplant.

„Zwischenlager dürfen keine Endlager durch die Hintertür werden“, fasst Keller abschließend zusammen. „Wir erwarten keine Privilegien – aber wir wünschen uns, dass unsere Leistung gesehen, anerkannt und auf Augenhöhe mit der Politik diskutiert wird.“

---